Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 58 (1978)
Heft: 8

Rubrik: Kommentare

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

VOR DER SÜDERWEITERUNG DER EG

Langsam, aber sicher – so will die Europäische Gemeinschaft (EG) ihre Erweiterung um Griechenland, Portugal und Spanien zu stande bringen. Das Beitrittsgesuch ist in jedem einzelnen Falle früher gestellt worden, als man es in der EG allgemein erwartet – oder gewünscht – hatte. Die EG konnte diesen Ländern, die sich, kaum hatten sie die Diktatur überwunden, an sie wandten, nicht «Nein» sagen – und jetzt steht sie mitten im Verhandlungsprozess, noch bevor sie Klarheit darüber gewonnen hat, wie sie die wirtschaftlichen und institutionellen Probleme der neuen Erweiterung bewältigen will. Zum Teil war es seitens der EG sicher ein Schritt auf dem Weg des geringsten Widerstandes, die (ohnehin langwierige) Beitrittsprozedur mit jedem Kandidaten unverzüglich einzuleiten, zu einem guten Teil aber auch Ausdruck des politischen Willens, den Drang der Südeuropäer zur EG nicht mit kleinmütigen Bedenken zu ersticken. Eine gewisse Verpflichtung zur Aufnahme der Kandidaten ergibt sich aus dem Römer Vertrag («... entschlossen, durch diesen Zusammenschluss ihrer Wirtschaftskräfte Frieden und Freiheit zu wahren und zu festigen, und mit der Aufforderung an die anderen Völker Europas, die sich zu dem gleich hohen Ziel bekennen, sich diesen Bestrebungen anzuschliessen»).

Aktualität erhält diese Verpflichtung zudem durch die Chance und Notwendigkeit, den südeuropäischen Demokratien Rückhalt zu bieten. Es ist beim heutigen Zustand der EG eine nicht selbstverständliche Ehre, als feste Verankerung betrachtet zu werden – doch das tun wohl alle Kandidaten, auch wenn Spanien nach aussen vorgibt, keinen solchen Rückhalt zu benötigen, Griechenland immer selbstsicherer auftritt und nur Portugal offen von notwendiger wirtschaftlicher Stützung der Demokratie spricht. Anderseits ist vielleicht die Eile der Beitrittsgesuche auch Ausdruck eines gewissen Misstrauens: jeder der Kandidaten mochte glauben, der EG schnell ein grundsätzliches «Ja» entringen zu müssen, bevor sie in wachsendem Bewusstsein der Schwierigkeiten die Türe schliessen würde. Ähnliches Misstrauen spricht aus dem Verlangen aller Kandidaten, vor allem der zuerst angemeldeten Griechen und dann Portugiesen, separat behandelt und nicht etwa durch Kollektivverhandlungen für alle drei Länder gebremst zu werden. Die Eile erklärt sich auch innenpolitisch: eine Regierung, die den Beitritt nach längeren Bemühungen «immer noch nicht geschafft» hat, steht schlecht da – und das kann im Extremfall Rückwirkungen auf den Beitrittswillen haben. Anderseits muss man der EG für die Auseinandersetzung mit den Erweiterungsproblemen Zeit lassen, ohne sie gleich der Verzögerungstaktik zu beschuldigen. Der spanische «Europaminister» Calvo Sotelo bezeichnete es als eine der grossen Schwierigkeiten im Beitrittsprozess, den schnellen Rhyth-

mus der spanischen Politik mit dem langsamen der EG-Maschinerie in Einklang zu bringen.

Nach der Eile die Weile

Als Griechenland im Juni 1975 sein Gesuch einreichte, hätte die EG schon durch die mehrmonatigen Ankündigungen vorgewarnt sein müssen. Premierminister Karamanlis wurde in den EG-Hauptstädten, vor allem in Paris, zum Beitritt ermuntert, doch die Brüsseler Organe waren noch ganz auf Wiederbelebung und Vertiefung der seit 1962 bestehenden Assoziation eingestellt. Die Stellungnahme, die die EG-Kommission im Januar 1976 vorlegte, enthielt den berühmten «Pferdefuss», Griechenland solle schon während der Verhandlungen besondere Hilfe erhalten, um seine Wirtschaft an jene der EG anzunähern. Von «Vor-Mitgliedschaft» war nicht ausdrücklich die Rede, doch so verstand Athen den Vorschlag und befürchtete, als «unreif» bis auf weiteres von der Vollmitgliedschaft ferngehalten zu werden (mit mediterraner Sensibilität hatten übrigens die vier französischen und italienischen Kommissionsmitglieder gegen den «nordisch-herablassenden» Vorschlag gestimmt). Die Aussenminister gaben Athen die Genugtuung, umgehend die Aufnahme von Verhandlungen zu beschliessen, ohne den Vorschlag der Kommission aufzugreifen – aber auch ohne ihn ausdrücklich abzulehnen. Statt zur «Vor-Mitgliedschaft» kam es dann zu «Vor-Verhandlungen»: während anderthalb Jahren wurden bloss Memoranden zu den verschiedenen Wirtschafts- und Rechtsbereichen ausgetauscht. Erst zu Beginn dieses Jahres wurde die «substantielle Phase» der Verhandlungen eröffnet, in der die schrittweise Ausdehnung aller EG-Regelungen auf Griechenland festgelegt werden soll. Griechenland hält nach dem formellen Beitritt eine Übergangszeit von fünf Jahren (wie bei Grossbritannien, Irland und Dänemark) für ausreichend, innerhalb deren es Vorteile eher am Anfang, Nachteile eher am Ende sehen möchte. Die EG geht von einem Gleichgewicht bei jedem Schritt aus; zur Dauer der Übergangsfrist hat sie sich noch nicht festgelegt. Der EG-Ministerrat hat «jede Bemühung» zugesagt, um die Verhandlungen noch dieses Jahr abzuschliessen. Athen rechnet damit, dass der Beitritt nach den Ratifikationen anfangs 1980 vollzogen wird, die Brüsseler Kommission rechnet mit dem Beitritt «bis 1981».

Aus Portugal war in der revolutionären Phase zu hören, die Frage eines EG-Beitritts stelle sich «allenfalls in der nächsten Generation». Als sich der Sieg der pluralistischen Demokratie abzeichnete, sprang die EG mit Finanzhilfe ein und gewährte auch eine Verbesserung des industriellen Freihandelsabkommens, das sie mit Portugal wie mit den andern EFTA-Ländern 1972 geschlossen hatte. Portugal wurden einige Konzessionen für die Ausfuhr von Agrarprodukten gewährt und die Möglichkeit, bei der Einfuhr von Industriegütern aus der EG bestimmte Zölle noch länger beizubehalten. Diese scheinbar massgeschneiderte Hilfe entsprach jedoch nicht dem grossen Wurf, den Mario Soares anstrebte, kaum war er Chef der ersten Regierung gemäss der neuen Verfassung geworden. Im März 1977 wurde das portugiesische Beitrittsgesuch formell eingereicht; die Aussenminister überwiesen es nicht mehr wie das griechische kommentarlos der Kom-

mission zur Stellungnahme, sondern liessen den Ratspräsidenten mündlich erklären, diese Stellungnahme müsse auch schon die Lösung der Integrationsprobleme enthalten. Statt wie bei Griechenland ein halbes, dauerte es mehr als ein volles Jahr, bis die Kommission im Mai 1978 ihre Stellungnahme vorlegte. Zuvor arbeitete die Kommission «umfassende Überlegungen» zur Erweiterung aus: auch wenn die Verhandlungen mit den einzelnen Ländern getrennt bleiben, sollen sie nun in einer Gesamtsicht geführt werden. Die Eröffnung der Verhandlungen mit Portugal ist für den Herbst vorgesehen. Theoretisch kann die Erkundungsphase der Verhandlungen dank besserer Vorbereitung jetzt kürzer gehalten werden als bei Griechenland, doch hat die Kommission in ihren zeitlichen Vorstellungen Portugal bereits «gleichgeschaltet» mit dem zuletzt gekommenen Kandidaten Spanien: bis zum griechischen Beitritt, also bis 1981, sollen «wesentliche Fortschritte» in den Verhandlungen mit beiden iberischen Staaten erzielt werden.

Mit Spanien waren 1975 kurz vor Francos Tod die Verhandlungen über eine Verbesserung des Handelsabkommens von 1970 (partieller Zollabbau, stärker auf seiten der EG als Spaniens) unterbrochen worden. Die neuen Regierungen interessierten sich nicht mehr für diese Verhandlungen, sondern visierten den Beitritt an (nur über die Anpassung des Handelsvertrags an die letzte EG-Erweiterung von sechs auf neun Mitglieder wurde und wird noch zäh weitergefeilscht). So sehr sich Paris für die Verhandlungen mit Franco-Spanien eingesetzt hatte, und so sehr es sich im Falle Griechenlands für die Süderweiterung der EG einsetzte – Spaniens Beitritt gegenüber zeigte es sich sehr zurückhaltend (vor allem vor den französischen Wahlen, wo auch die Stimmen der Winzer zählten). Madrid schlug aber den Rat aus, bis nach der Annahme einer demokratischen Verfassung zu warten (sie ist immer noch nicht in Kraft): fast unmittelbar nach den ersten Parlamentswahlen wurde im Juli 1977 das Beitrittsgesuch gestellt. Bei Spanien ging die Kommission mit ihrer Stellungnahme nochmals vorsichtiger zu Werke: sie wartete ab, bis Madrid dieses Frühjahr eine Verhandlungsdelegation aufstellte. In enger Zusammenarbeit mit dieser soll nun bis Frühjahr 1979 die Brüsseler Stellungnahme entstehen, und erst dann können die Verhandlungen formell beginnen. Inzwischen sollte die Verhandlungsposition des Ministerrats geklärt sein, sei es durch den griechischen Präzedenzfall, sei es durch eine systematische Diskussion der «umfassenden Überlegungen» der Kommission.

Das «Fresko» der EG-Kommission

In ihren «Überlegungen», die unter dem Arbeitstitel «Fresko» bekannt geworden sind[1], geht die Kommission davon aus, dass die drei Bewerber einer «starken» Gemeinschaft beitreten wollen, nicht einer «verwässerten, geschwächten Gemeinschaft, die nichts anderes wäre als eine Freihandelszone oder eine Zollunion». Die Gemeinschaft habe aber jetzt schon wirtschaftliche Schwierigkeiten und institutionelle Probleme – kämen jene der Erweiterung dazu, so könnte das «die Gemeinschaft derart schwächen, dass ihre grundlegenden Ziele in Frage gestellt würden». Um dieser Gefahr vorzubeugen, genügt Behutsamkeit beim Übergang von neun

zu zwölf Mitgliedern nicht: die Gemeinschaft muss zugleich Fortschritte zur Wirtschafts- und Währungsunion machen: «Diese Politik ist für die derzeitige Gemeinschaft eine Notwendigkeit; sie ist zugleich die wesentliche Voraussetzung für die Lebensfähigkeit und Weiterentwicklung einer Zwölfergemeinschaft.» Die Wirtschafts- und Währungsunion wird aber gerade durch die Erweiterung erschwert, denn «die Wirtschaftsentwicklung aller drei Staaten hat noch nicht den Stand der derzeitigen Gemeinschaft erreicht; mit dem Beitritt dieser Länder wird es in der Gemeinschaft also noch mehr Krisenregionen und Krisensektoren geben». Als Vergleichswerte für das Bruttoinlandprodukt pro Kopf gibt die Kommission für 1975 an: in der EG von 2512 (Irland) bis 3945 (Frankreich), in Spanien 2384, in Griechenland 2309 und in Portugal 1504 US-Dollar. Die im Vergleich zu andern Statistiken niederen Werte und relativ geringen Unterschiede (sowie die überraschende Spitzenstellung Frankreichs) gehen darauf zurück, dass die Kommission mit konstanten Preisen von 1970, korrigiert auf Kaufkraft-Parität, rechnet. Der so gemessene Entwicklungsrückstand ist nur im Falle Portugals wirklich gravierend; Griechenland und Spanien haben dank rapidem Wachstum seit den sechziger Jahren beinahe den Stand Irlands und auch Italiens erreicht, doch ist das Wachstum von der «Ölkrise» abrupt gebremst worden. Das grösste Wachstumspotential sieht die Kommission in Spanien, das als «bedeutender Markt in voller Expansion und nicht zu unterschätzender Konkurrent, zumindest in einzelnen Sektoren» beschrieben wird. In allen drei Ländern aber wird das Wachstum durch schwerwiegende strukturelle Schwächen gehemmt. Die bisherige Industrialisierung konzentrierte sich auf wenige Regionen, deren Abstand zum Rest des Landes sich erhöhte. Der Unterschied im Pro-Kopf-Einkommen zwischen der ärmsten und der reichsten Region beträgt in der heutigen EG 1 : 6 (Westirland/Hamburg); bezieht man die Kandidatenländer mit ein, so lautet das Verhältnis 1 : 12 (Vila Real-Bragança/Hamburg). Der Entwicklungsrückstand der Kandidatenländer äussert sich auch in geringeren Staatsausgaben für Infrastruktur und soziale Sicherung.

Die Landwirtschaft beschäftigt in der Neuner-EG 10 Prozent der Erwerbsbevölkerung, in Griechenland 34, in Portugal 28 und in Spanien 22 Prozent. Dennoch ist nur gerade Griechenland Netto-Exporteur von Agrarprodukten, Spanien und Portugal müssen importieren. Die nördlichen EG-Länder könnten in den Beitrittsländern Absatz für einen Teil ihrer überschüssigen tierischen Erzeugnisse finden, was aber die Handelsbilanzen der Neumitglieder belasten würde. Umgekehrt könnten diese für ihre mediterranen Produkte (Wein, Olivenöl, Obst und Gemüse) besseren Absatz finden: «Es ist im derzeitigen Stadium schwierig, die globalen Auswirkungen auf die Zahlungsbilanzen zu beurteilen. In jedem Fall muss vermieden werden, dass sich daraus für diese Länder ein Anreiz ergibt, unrentable Produktionen zu steigern.» Einen solchen Anreiz könnten die EG-Preise bilden, besonders da die Garantien auf französisches und italienisches Verlangen bereits im Hinblick auf die Erweiterung verstärkt worden sind, namentlich beim Wein. Frankreich und Italien erhielten auch Zusagen für Hilfe bei Strukturverbesserungen (Bewässerung,

Umpflanzung), die die Qualität anstelle der Quantität fördern sollen. Diese Politik müsste auch in den neuen Mitgliedstaaten betrieben werden, durch «gross angelegte Massnahmen», die über die Agrarpolitik hinausreichen, denn die Strukturverbesserung würde (zuvor unterbeschäftigte) Arbeitskräfte freisetzen.

Kosten für die Kandidaten und die EG

In der Industrie aber werden sich durch die Erweiterung «insbesondere die Produktionskapazitäten in einigen empfindlichen Industriezweigen der Gemeinschaft erhöhen, während sich die in anderen Bereichen anzutreffenden Unterschiede in den Produktionsbedingungen noch weiter verschärfen». Nicht nur hat die Industrie der Kandidatenländer Schwerpunkte in Sektoren wie Stahl, Textilien und Schuhe, die in einer Krise stehen, sondern sie setzt sich auch überwiegend aus wenig rationellen Kleinbetrieben zusammen (die allerdings, wie die Kommission einräumt, besonders anpassungsfähig sein können). «Umstrukturierung» ist auch in der heutigen EG ein Gebot der Stunde, zu dessen Verwirklichung die Diskussion aber erst begonnen hat – und von alten Gegensätzen zwischen «Marktwirtschaft» und «planification» belastet wird. Die Kommission möchte die Kandidatenländer möglichst rasch in solche Diskussionen einbeziehen – würden sie sich gemeinschaftlicher «Disziplin» in bestimmten Sektoren unterziehen, so würden sie dafür von den Schutzmassnahmen ausgenommen, die die EG gegenüber Drittländern trifft. Durch den Beitritt selber können die Neumitglieder kaum mit erhöhtem Absatz von Industriegütern in der EG rechnen, da diese ihre Zölle in den verschiedenen Abkommen bereits weitgehend abgebaut hat. Hingegen würden die Restzölle der Beitrittsländer fallen, und auch gegenüber Drittländern hätten sie ihre Zölle im allgemeinen zu senken, wären also stärkerer Konkurrenz ausgesetzt. Die Beitrittsländer müssten auch auf manche andern Importschutz- und Exportförderungsmassnahmen verzichten. Nur mit kapitalintensiverer Produktion kann ihre Industrie konkurrenzfähig werden oder bleiben – besonders wenn allmählich das höhere Lohn- und Sozialversicherungsniveau der EG übernommen wird. Die «Umstrukturierung» der Industrie wird also weitere Arbeitskräfte freisetzen – die Kommission ruft daher zu einer «mutigen Arbeitsmarktpolitik» auf, für die «alle Finanzmittel der erweiterten Gemeinschaft mobilisiert werden können». Die Freizügigkeit könnte den Bürgern der Neumitglieder nicht verweigert werden, doch liesse sie sich «nur über die Regionalpolitik in Verbindung mit angemessenen Übergangsmassnahmen» verwirklichen.

Wieviel müsste für die Wirtschaftsförderung in den beitretenden Ländern aufgewendet werden? Die Kommission nennt noch keine Zahlen, sie spricht nur von «gezielten Finanzhilfen» für die Sektoren, in welchen «Disziplin» verlangt wird, und für die «Förderung bestimmter Wirtschaftszweige, die durch die Erweiterung einen neuen Aufschwung nehmen könnten» (aber nicht näher bezeichnet werden). Für Griechenland und Spanien würden vor dem Beitritt Kredite der Europäischen Investitionsbank genügen, für Portugal müsste die besondere Finanzhilfe weitergeführt werden (wahrscheinlich auch nach dem Beitritt). Die Auswirkungen

des EG-Haushalts auf die Neumitglieder werden natürlich davon abhängen, wie stark er ausgebaut und auf die Förderung der zurückgebliebenen Regionen konzentriert wird. Wären die drei Länder schon EG-Mitglieder, so ergäbe der Haushalt 1978 für sie einen Nettotransfer von rund einer Milliarde EG-Rechnungseinheiten (etwa 2,3 Milliarden sFr., die die Neun zusätzlich zu ihrem aktuellen EG-Haushalt von 28 Mia. sFr. aufwenden müssten). Dieser Transfer würde für Griechenland 2,3 Prozent seines Bruttoinlandproduktes ausmachen, für Portugal 2,5 und für Spanien 0,4. Bei einer Übergangsregelung für die Abführung von Zöllen und Mehrwertsteuer-Anteilen von den Neumitgliedern an die EG könnte der Transfer anfänglich noch höher sein. Die Kommission fragt sich, «ob die drei neuen Mitglieder fähig wären, innerhalb kürzerer Fristen umfangreichere Transfers aufzunehmen». Sie hat in ihrem «Fresko» das Gedankenspiel nicht wieder aufgenommen, das ihr Präsident Roy Jenkins im letzten Herbst dem Ministerrat vorgetragen hatte: eine Erhöhung der Staatsausgaben pro Kopf in den drei neuen Ländern mit EG-Mitteln auf 60 Prozent des derzeitigen EG-Durchschnitts, das wäre halbwegs zwischen Irland und Italien. Ein solcher Transfer würde fast eine Verdoppelung des EG-Haushalts erheischen. Neue Ansprüche an finanzieller Hilfe dürften an die EG auch von den Vertragspartnern auf der südlichen Mittelmeerseite herankommen, deren Handelsvorteile durch den Beitritt der nördlichen Konkurrenten geschmälert würden. Ein nicht nur wirtschaftliches, sondern auch politisches Problem bedeutet die Erweiterung für die Türkei, die sich der EG nicht in absehbarer Zeit anschliessen will und eine Benachteiligung gegenüber dem EG-Neumitglied Griechenland befürchtet. Die laufende Information über EG-Politik im östlichen Mittelmeer, die der Türkei jetzt zugesichert wurde, dürfte ihr nicht genügen.

Vielsprachig und einstimmig?

Können die Gemeinschaftsorgane mit zwölf Mitgliedern überhaupt noch funktionieren? Da stellt sich zunächst einmal die Frage nach der Sprachenregelung. Heute werden in der EG alle sechs Amtssprachen der neun Mitglieder verwendet (Dänisch, Deutsch, Englisch, Französisch, Italienisch, Niederländisch – nur das Gälische muss sich mit der Übersetzung einiger Grundsatzdokumente begnügen), das heisst; alle offiziellen Dokumente werden in alle Sprachen übersetzt, und an Sitzungen auf höherer Ebene wird aus allen in alle Sprachen gedolmetscht. Je tiefer man in die Hierarchie der Beamten und der Arbeitspapiere hinuntersieht, desto mehr findet man eine Konzentration auf Arbeitssprachen, je nach den Kenntnissen der Beteiligten. Will man eine enorme Aufblähung des Übersetzungsapparates durch drei neue Sprachen vermeiden, so wird man die Verwendung von Arbeitssprachen nach oben ausweiten müssen. Das wird aber pragmatisch geschehen müssen, denn jede formelle Festlegung stösst auf unüberwindliche Schwierigkeiten; die Sprachenfrage blockiert auch seit Jahren die Schaffung eines EG-Passes. Franzosen und Engländer mögen einander nicht die alleinige Arbeitssprache gönnen, wählt man beide, dann verlangen die Deutschen Gleichberechtigung, wird sie gewährt, so melden die Italiener ihren

Anspruch an, und so weiter. Die Kommission hat zur Sprachenfrage bisher nur geäussert, sie müsste weiterhin einstimmig geregelt werden ...

In einigen anderen Bereichen, wo die Verträge Einstimmigkeit vorsehen, schlägt die Kommission vor, das Prinzip der Mehrheitsentscheidung im Ministerrat einzuführen. Dieses Prinzip wird selbst in den eher zweitrangigen Fällen, wo die Verträge es vorsehen, in der Praxis missachtet. In den letzten Jahren hat es allerdings wieder gelegentlich Abstimmungen gegeben, und die Kommission glaubt bereits, es habe sich da «ein politischer Verhaltenskodex herauskristallisiert». Diesen Kodex (des Sich-Fügens) möchte die Kommission nun auf Gebiete wie die Rechtsharmonisierung, aber auch Konjunktur- und Währungspolitik ausgedehnt sehen. Der Einstimmigkeit vorbehalten blieben namentlich die Änderung und Präzisierung von Vertragsregeln. Die neuen Mitglieder sollten sich während der Übergangszeit in jenen Fragen der Stimme enthalten, die sie noch nicht betreffen. Für die Übergangszeit schlägt die Kommission eine flexible Regelung zwischen fünf und zehn Jahren vor. In einer ersten Stufe müsste ein bestimmter, im voraus festgelegter Stand der Integration in die EG-Ordnung erreicht werden, die zweite Stufe würde je nachdem kürzer oder länger ausfallen und die vollständige Eingliederung bringen. «Die auszuwählenden Übergangslösungen dürften nicht nur auf eine rasche, wirksame Integration der neuen Mitgliedländer gerichtet sein, sondern müssten auch den etwaigen Anpassungsbedürfnissen der bisherigen Gemeinschaft Rechnung tragen und den weiteren Ausbau der Gemeinschaft gewährleisten.» Mit dieser Anpassung scheinen aber eher faktische Umstellungen in der Wirtschaft gemeint zu sein als eine Ausrichtung der EG-Ordnung auf die Verhältnisse zu zwölft. Das Prinzip des «acquis communautaire», der Übernahme des Gemeinschaftsrechts, das bei der letzten Erweiterung erst in der britischen «Neuverhandlung» angetastet wurde, gilt auch diesmal – «fest umrissene Ausnahmen oder Abweichungen» vorbehalten. Die grundlegende Anpassung der Gemeinschaft bestünde wohl in den Fortschritten zur Wirtschafts- und Währungsunion, für die die Kommission weiterhin eine Politik der kleinen Schritte empfiehlt (die aber wirklich getan werden müssten). Man kann sich fragen, ob die Kommission damit zu zaghaft ist – aber ebensogut, ob sie mit ihrem Vorstoss für mehr Abstimmungen im Ministerrat nicht schon die Grenze des Machbaren überschritten hat.

Für eine Neugründung

Jedenfalls ist das «Fresko» der Kommission kaum der Auftakt zu einem «Akt kühner politischer Gestaltung», wie ihn Kommissionsmitglied Guido Brunner einige Monate zuvor gefordert hatte[2]. Brunner stellte fest, «dass allseits eine Lösung der Erweiterung mit geringfügigen Anpassungen des Bestehenden, sozusagen auf der Verwaltungsebene, bevorzugt wird. Am Alltag der Gemeinschaft soll sich nach ihrer Ausdehnung von 9 auf 12 Mitglieder nicht allzuviel ändern, an ihrem Gewicht auch nicht. In einer solchen bürokratischen ‹kleinen Lösung› glaubt man den gemeinsamen Nenner gefunden zu haben ... zwischen britischer Insularität, französischem Dirigismus,

deutscher Marktwirtschaft und der von den andern bevorzugten Integration». Laut Brunner macht die Erweiterung einen «neuen Lastenausgleich zwischen arm und reich in der Gemeinschaft» erforderlich, denn in diesem Gebiet «liegt einer der schwächsten Punkte im bisherigen Leistungsergebnis» der EG. Neu zu überdenken wären auch das Verhältnis zwischen Agrar- und Industriepolitik sowie jenes zwischen grossen und kleinen Mitgliedstaaten. Brunner forderte daher «eine grosse Konferenz zur Ausarbeitung solcher Fundamente einer künftigen europäischen Union, zur Verabschiedung eines die Römischen Verträge fortentwickelnden europäischen Grundgesetzes». Die drei beitrittswilligen Länder müssten «von Anfang an gleichberechtigt daran beteiligt sein. Eine grosszügige Stützungsaktion für die drei müsste der Konferenz vorausgehen, denn deren voraussichtlich lange Dauer sollte nicht zu Lasten der berechtigten Beitrittshoffnungen der ärmsten Länder Westeuropas gehen».

Auch die schon recht umfangreiche «Erweiterungsliteratur», aus der hier nur einige Beispiele angeführt werden können, ist in ihrem Ansatz meist radikaler als die Mehrheit der EG-Kommission. So stellen die Herausgeber eines Sammelbandes vorwiegend deutscher Autoren[3] das Konzept des Vollbeitritts der drei Länder in Frage. Beate Kohler schreibt: «Die Notwendigkeit und auch der mögliche Erfolg eines ‹Süd-Entwicklungsplanes› ist in diesem Band überzeugend dargelegt worden. Die politisch entscheidende Frage, nämlich welche Kräfte in der EG eine solche Politik durchsetzen sollen, ist damit aber noch nicht beantwortet. Die Analyse der bisherigen Entwicklung lässt berechtigte Zweifel aufkommen, ob der Beitritt Griechenlands, Spaniens und Portugals zu einer Politik des ‹geregelten Strukturwandels› im Rahmen der EWG führen kann. Der Gemeinsame Markt wurde als marktwirtschaftliches Steuerungsinstrument zur Verbesserung des Wettbewerbs auf hochentwickelten Märkten geschaffen, nicht aber als Interventionsmechanismus zur gezielten Anhebung der Wettbewerbsfähigkeit der weniger entwickelten Volkswirtschaften bzw. Regionen. An der Revision des Gemeinsamen Marktes und dessen Organisationsprinzips haben zwar auch einige der bisherigen Mitgliedstaaten bzw. Gruppen in einzelnen Ländern Interesse, aber sie kämpfen dabei gegen die ‹vested interests› gerade der Staaten, auf deren Unterstützung sie bei der Finanzierung des ‹Süd-Entwicklungsplans› angewiesen sind.» Kohler schlägt daher vor, sich zu einer Interessenpolitik anstelle der Zielvorstellungen von Wirtschafts- und Währungsunion zu bekennen: «Der Vorschlag einer Zwei-Stufen-Gemeinschaft hat verständlicherweise politische Ressentiments geweckt. Trotzdem scheint es eine realistische Perspektive, dass es innerhalb der vergrösserten EG zu einem engeren Verbund von Staaten kommen wird, die auf der Grundlage vergleichbarer sozio-ökonomischer Strukturen und eines breiten Konsenses über gesellschaftliche Werte bestrebt sein werden, durch gemeinsames Handeln den Herausforderungen dieser Zeit zu begegnen.» Da wäre allerdings zu fragen, ob solches Handeln nicht gerade die volle Aufnahme der Südeuropäer umfassen müsste. Vielleicht geht es nur um eine – immerhin wesentliche – Frage des zeitlichen Ablaufs, wie Hajo Hasenpflug meint: gerade in den EG-Kernbereichen Handels- und Agrarpolitik

sei der Beitritt der drei Kandidatenländer nur mit langfristigen Ausnahmeregelungen zu vollziehen – «man spricht von Vollmitgliedschaft und nachvollzieht die mit der Integration verbundenen Rechte und Pflichten lediglich lückenhaft und ungleichgewichtig. Eine Konsolidierung der EG der Neun und ein Ausbau der bestehenden Verträge mit den Beitrittskandidaten wäre daher ein aufrichtigeres Unterfangen. ... Selbstverständlich gehören Portugal, Spanien und Griechenland zu Europa, und es gilt sie mit (fast) allen Mitteln zu unterstützen, um den wirtschaftlichen Aufbau und damit auch die Demokratisierung in diesen Ländern nicht aufs Spiel zu setzen. Nur ist zu befürchten, dass die Süderweiterung in bezug auf den Integrationsstand eher Wende zum Negativen als zum Positiven bedeutet, und es fragt sich, ob den Beitrittsstaaten mit einer Mitgliedschaft in einer auseinanderdriftenden Gemeinschaft ... gedient ist».

Lauter neue «Briten»?

Soll also die EG den Kandidaten in deren eigenem Interesse den Vollbeitritt verweigern? Ein solches Argument würde nie geglaubt, die EG vielmehr als egoistischer «Klub der Reichen» verschrieen. Die wirtschaftlichen Probleme lassen sich zwar nicht einfach mit einer politischen Geste vom Tisch wischen, aber: «Abwägen sollte nicht Anlass zur Verzögerung, sondern Ansporn zur Erfindungsgabe sein.» So schreibt Karl Hermann Buck zum Abschluss einer Studie über den griechischen Beitritt[4], in der er vor allem die Schwierigkeiten analysiert, die die griechische Wirtschaft selber bei einem Vollbeitritt zu überwinden hat. In dem zitierten Sammelband warnt derselbe Autor, völlig liberalisierter Handel müsse «zu Krisen im griechischen Wirtschaftsablauf führen, die dann unweigerlich in politische Instabilität umschlagen». Zielkonflikte enthalte aber auch die Alternative der PASOK, der Sozialisten Andreas Papandreous, denen eine lockere Bindung an die EG und ein forcierter Ausbau der Handelsbeziehungen mit dem Balkan und dem arabischen Raum vorschwebe. Buck geht davon aus, dass der grundsätzliche Entscheid für den Beitritt gefallen ist: «Für eine Dantesche Höllenvision nach Auffassung der PASOK ist noch kein Anlass, es ist allerdings Zeit, geeignete Massnahmen zu überlegen.» Solche Massnahmen könnten in die Richtung der Bedingungen gehen, die die PASOK für den Fall eines unvermeidlichen Beitritts stellt: massiver Ressourcentransfer an Griechenland, Sonderregelung für «sensible» Produkte und Industrien, Mittel und Planungen für den Ausbau auch hochtechnologischer Produktionen, längere Übergangszeit. Selbst wenn die Sozialisten nicht dereinst an die Macht kommen und dann nach Vorbild ihrer britischen Genossen eine «Neuverhandlung» verlangen sollten, dürfte sich die EG früher oder später erheblichen griechischen Forderungen gegenübersehen (vielleicht gerade mit dem Argument, es gelte einen Wahlsieg der Linken zu verhindern).

Die Idee eines «Süd-Entwicklungsplanes» wird in dem Sammelband vor allem von Christian Heimpel erläutert, der dazu auch in einem Kolloquium des Europa-Kollegs in Brügge nähere Ausführungen machte[5]. Die Grundidee ist nicht ein reiner Finanztransfer, sondern eine durchdachte Strukturpolitik für die

ganze Zwölfergemeinschaft. Heimpel denkt aber nicht etwa daran, den Neumitgliedern bestimmte arbeitsintensive Branchen zuzuweisen – das würde angesichts der Konkurrenz aus Entwicklungsländern ihre Schwierigkeiten nur verschärfen. Die Spezialisierung muss, so fordert Stefan A. Musto in einer Studie über den spanischen Beitritt[6], «intrasektoral» erfolgen, also nicht auf bestimmte Branchen, sondern auf bestimmte Produkte innerhalb vieler Branchen konzentriert. Es «müssten Massnahmen getroffen werden, die den strukturschwachen Ländern den Ausbau einer modernen, technologisch gut ausgerüsteten und qualitativ hochwertigen Industrieproduktion ermöglichen. Ohne solche Massnahmen würde der freie Wettbewerb die weniger entwickelten Mitgliedstaaten mehr oder weniger auf ihr gegenwärtiges Industrialisierungsniveau fixieren». Dazu sind «entsprechende Eigenanstrengungen» Spaniens (und der andern Kandidaten) nötig, aber auch Beihilfen und «mittelfristige Toleranz der stärkeren Partner gegenüber den nationalen Schutz- und Förderungsmassnahmen für die industrielle Weiterentwicklung der schwächeren».

Dass Spanien ein anspruchsvoller EG-Partner sein wird, lässt sich auch aus Mustos Darlegungen über das historische Verhältnis der Spanier zu Europa erahnen. Wohl leitete das Ende der Kolonialepoche mit dem gegen die USA verlorenen Kubakrieg von 1898 eine Diskussion über die «Europäisierung» Spaniens ein, doch diese Diskussion diente der Selbstfindung und hatte «kaum einen Bezug zur Auseinandersetzung mit den eigentlichen Ideen und Realitäten in Europa». Es folgte die Isolierung unter Franco, und auch die wirtschaftliche Öffnung ab 1959 änderte «kaum etwas am gegenseitigen politischen Misstrauen, das das Verhältnis zwischen Spanien und Europa charakterisierte». Das illustrieren die mühsamen Verhandlungen vor und nach Abschluss des Handelsabkommens von 1970. Vor diesem Hintergrund versteht man den Aufruf des Verhandlungsministers Calvo Sotelo an die EG-Länder: «Schliesst uns nicht in einer Zitadelle der Frustration, der Enttäuschung und der (verletzten) Eigenliebe ein, wie Ihr es mit den Briten getan habt.» («Le Monde», 4. April 1978.)

Wird sich also die EG mit zwei oder drei «britischen» Neumitgliedern herumschlagen müssen? Damit sind nicht solche gemeint, die in der EG ihre eigenen Interessen verfolgen – das tun legitimerweise alle –, sondern solche, die noch nicht begriffen haben, an welchem Punkt ihren Interessen am besten mit dem Einlenken auf einen Kompromiss gedient ist. Solche Entschlussfähigkeit kann wohl nicht durch Vergewaltigung in Mehrheitsentscheidungen herbeigeführt werden, sondern nur durch geduldige Überzeugungsarbeit. Dazu könnte das ab 1979 direkt gewählte EG-Parlament beitragen, vor allem aber die tägliche Erfahrung, dass die nationalen Interessen tatsächlich in der EG am besten aufgehoben sind – was wiederum tatkräftige Gemeinschaftsentscheidungen voraussetzt.

Daniel Goldstein

[1] Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Umfassende Überlegungen zu den Problemen der Erweiterung / Übergangszeit und institutionelle Folgen der Erweiterung / Wirtschaftliche und sektorielle Aspekte. Kom (78) 120/190/200 mit statistischem Anhang, Brüssel 24.4.1978. – [2] Guido Brunner, Die Zeit ist reif geworden

für ein Europäisches Grundgesetz. Vor der Ausweitung der Neuner-Gemeinschaft. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24. 9. 1977. – [3]Die Süd-Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft. Wende oder Ende der Integration? Hg. von Hajo Hasenpflug und Beate Kohler, Veröffentlichungen des HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung, Hamburg 1977, Verlag Weltarchiv. – [4]Karl H. Buck, Griechenland und die Europäische Gemeinschaft. Erwartungen und Probleme des Beitritts. Europäische Schriften des Instituts für Europäische Politik, Band 50, Bonn 1978, Europa-Union-Verlag. – [5]C. Heimpel, The Problem of Adjustment: The Economic Impact of Membership on the Applicant Countries and the Question of Transitional Arrangements. 1978 Bruges Week, College of Europe (vgl. ferner: Zur Erweiterung der EG in Südeuropa. Von Burghard Claus, Klaus Esser, Christian Heimpel, Wilhelm Hummen, Schriften des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik, Band 52, Berlin 1977). – [6]Stefan A. Musto, Spanien und die Europäische Gemeinschaft. Der schwierige Weg zur Mitgliedschaft. Europäische Schriften des Instituts für Europäische Politik, Band 48, Bonn 1977, Europa-Union-Verlag.

ZWEI ZEUGEN: GOYTISOLO, SEMPRÚN

Zwei gegen Francos Regime engagierte, in Paris lebende, mit Literaturpreisen bedachte Schriftsteller haben in diesen Jahren Bücher verfasst, die als «Romane» bezeichnet werden, aber den Charakter der Autobiographie, der Zeugen- und Rechenschaft, auch der Selbstkritik tragen: Juan Goytisolo, Jorge Semprún. Juan Goytisolo, in Barcelona aufgewachsen, aber, wie der Name beweist, baskischer Herkunft, lebt seit langem in Paris, ist beim Verlag Gallimard Lektor für die spanischen Neuerscheinungen. Er gehört zu jenen, die gegenüber der spanischen kommunistischen Partei Distanz genommen haben, kann zum Umkreis von Jean-Paul Sartre gezählt werden, mit dem er in diesem Juni für «El País» ein bemerkenswertes Gespräch aufgezeichnet hat.

Neben neun Romanen, von denen «Trauer im Paradies» vielleicht der bekannteste sein mag, hat Goytisolo auch ein Reportagebuch über spanische Latifundien verfasst, «Die Felder von Nijar». Zwei Brüder, die nicht wie er emigrierten, der Lyriker Agostín und der Romancier Luis Goytisolo, haben wie viele andere Gegner des Franquismus stets in Spanien gelebt, in Barcelona unter Schwierigkeiten publiziert.

Juan Goytisolo, 1931 geboren, hat den grösseren Teil seines Lebens in Paris verbracht, aber im Gegensatz zu seinem um acht Jahre älteren Freund Jorge Semprún seine Bücher spanisch geschrieben. Zwischen 1966 und 1978 hat er eine Romantrilogie veröffentlicht, in der er – das schrieb er zum Erscheinen des dritten Bandes «Juan Ohneland» – «mit einem Höchstmass an Redlichkeit die untergründigen verdeckten Motivierungen des Erzählens analysieren» wollte: den Wunsch, die «Klassen-Erbsünde» der gutgestellten bürgerlichen Familie auszulöschen, die durch den Schweiss afrikanischer Sklaven zum Reichtum kam. Das erkläre «die Faszination und den Willen, sich nicht nur mit den Arbeitern, als der vom Genuss der Güter dieser Welt aus-

geschlossenen Klasse, zu identifizieren, sondern auch mit deren Randzonen». Mit Randzonen – was die Italiener «emarginati» nennen – wird da im positiven Sinn gemeint, was einst Karl Marx als «Lumpenproletariat» verachtete; ein Wandel in der Aura, der charakteristisch für die Neue Linke ist. Semprún allerdings hat in einer Rezension von «Juan Ohneland» Goytisolo mit dem russischen rebellischen Autor Alexander Sinowjew verglichen – über ihn hat Jutta Scherrer hier geschrieben (Jan. 1978).

Da die Zeit selber in dieser Trilogie eingefangen und reflektiert werden soll, ist es nicht unwichtig zu wissen – wird übrigens im Impressum angegeben –, dass der 1978 erschienene erste Band der Trilogie «Identitätszeichen» schon zwölf Jahre zurückliegt, also aus der Zeit stammt, in welcher alle aus Wunschdenken entsprungenen Gewissheiten über den baldigen Sturz Francos fraglich geworden waren, und eine Zukunftsperspektive sich mit Zweifeln verband. Das wird auch im ersten, Francisco de Quevedo entlehnten Motto deutlich, welches lautet: «Gestern ist vergangen. Morgen ist nicht gekommen.»

Der Erzähler redet sich selber als «Du» an, was eigenartigerweise auch für Jorge Semprúns direkten autobiographischen Roman «Die Selbstbiographie des Federico Sanchez» gilt. Zu Beginn wird wiedergegeben, wie andere von ihm, dem Erzähler, sprechen: «In Paris eingerichtet, bequem in Paris eingerichtet, mit mehr Aufenthaltsjahren in Frankreich als in Spanien, mit mehr französischen Sitten als spanischen.» Es sind Leute aus seinem bürgerlichen Umkreis in Spanien, die so von ihm sprechen. Ein angeekelter Blick in das «anachronistische Universum deiner Vorfahren» folgt; aber können eigentlich Vorfahren «anachronistisch» sein, die offenbar zugleich für ihre eigene Zeit typisch sind, oder ist es so, dass der Erzähler, der Briefe von Sklaven der einstigen Zuckerfabrik von Cruces liest, wünscht, dass sie andere oder doch anders gewesen wären? Er hadert mit den Verwandten und mit sich selbst als Privilegiertem. «Ein erbärmliches Universum war das, dachtest du, in dem du als gesundes, verwöhntes und müssiges Kind lebtest.» Dann sind wir in Gesprächen von 1944. «Europa verblutet, während Asien die Krallen schärft», seufzt Onkel Eusebio, «Deutschland kann nicht verlieren», tröstet Onkel César, der aber nach Hitlers Tod erwägt, man müsste den König wieder einsetzen und die Parteien wieder zulassen. Die Ablehnung der Familie durch den Studenten verbindet sich mit dem Bedürfnis, diese Familie zu erforschen, Lebensläufe zu untersuchen. Da war immerhin ein Grossonkel katalanischer Separatist, der mit 35 Jahren Selbstmord verübte. Das Begräbnis eines verehrten antifaschistischen Lehrers, der grosse Tramstreik von 1951 werden gleichzeitig evoziert, einige Dialoge sind im spanischen Text katalanisch. Da steigen Erinnerungen auf an einen sozialen Kampf in Yeste, der tragisch endete, vorher jedoch auch Erschiessungen durch die FAI-Anarchisten. Eingestreut sind viele Protokolle der Geheimpolizei, die Verdächtige beobachtet. Die Verschandelung Spaniens durch den Massentourismus, durch die «Horde von Sonnenspekulanten» wird angeprangert, aber nicht geschildert. Hingegen werden Begegnungen mit Pariser Linksintellektuellen sarkastisch wiedergegeben – die Konversation ist französisch, im Anhang übersetzt.

Sprunghaft und geschwätzig wird da von Konspirationen, von Gewaltakten geredet. Das gerät zur Satire, wenn etwa ein im Luxus lebender Franzose dem Emigranten sagt: «Die Ferien neulich in Spanien haben uns ein wenig Hoffnung, ein wenig frische Luft gegeben. Bei euch wenigstens bedeutet das Wort Freiheit noch etwas sehr Genaues. Ihr habt eure Revolte noch intakt, während wir hier – wogegen könnten wir revoltieren? Ganz Frankreich ekelt uns an.» Wenn der Spanier die Vorschläge zur praktischen Mitarbeit ernst nahm, erfährt er alsbald, dass inzwischen Griechenland, Portugal und Algerien an der Reihe sind. Episoden in Spanien und Frankreich alternieren, die Jahre wirbeln durcheinander. Der Versuch, in Paris eine spanische Zeitschrift zu gründen, scheitert, die Exilpolitiker sind beredsam – nur allzusehr – und «dreschen Worte ein wie Nägel». Der Alvaro genannte Erzähler ist sich der Sackgasse bewusst: «Nutzlosigkeit des Exils, Unmöglichkeit der Rückkehr.» Doch in Spanien dreht er einen Dokumentarfilm, wogegen die Behörden einschreiten. Die Freundschaft mit Holzfällern und Fuhrknechten geht nicht tief; sein Leben ist vom ihrigen allzu verschieden.

Die letzten Seiten sind rhythmisierte Prosa, Verse, und wir sind wiederum bei jener Rückkehr nach Spanien im August 1963 an der Beerdigung des Professors Ayusa. Der Roman «Die Rückforderung des Conte Don Julián», zweiter Teil dieser Trilogie, ist eigenartigerweise deutsch vor dem ersten Band erschienen.

Zu den Illusionen der Linken, zu der Goytisolo seit 1964 Distanz genommen hat, gehört die Legende eines von den Kommunisten angeordneten grossen nationalen Generalstreiks, der der Anfang vom Ende Francos sein sollte, aber misslang. Von diesem Streik schreibt – und zwar aus innerster Kenntnis, war er doch für die Arbeit der kommunistischen Partei Spaniens verantwortlich – Jorge Semprún in «Autobiografia de Federico Sanchez», einem Buch, das 1977 bei Editorial Planete in Barcelona erschien, zur Sensation wurde und zum Bestseller, der die 200000 überschritten hat.

Federico Sanchez, das war ein Deckname Semprúns, der als Vertreter der nach dem Bürgerkrieg aufgewachsenen Generation dem Zentralkomitee angehörte, bis er ausgeschlossen wurde wegen Abweichungen, die sehr viel geringer waren als die seitherigen Ketzereien Santiago Carrillos, der ihn damals bekämpfte. Es war für den profilierten Eurokommunisten, der Carrillo seither wurde, ein Schlag, dass diese Abrechnung des weithin – nicht zuletzt durch seine Filmszenarios («*Z*», «Das Geständnis» u. a.) – bekannten Semprún so starke Resonanz hatte. Wenn Semprún sehr persönliche Gründe für diese Abrechnung hatte, so gilt das nicht für Fernando Arrabal, dessen «Brief an die spanischen kommunistischen Militanten» – vor einigen Monaten erschienen – gleichfalls gegen Carrillo polemisiert. Auch das Ehepaar Alonso und Eva Sastre – er durch Bühnenwerke, sie durch lange Haft bekannt – haben sich gegen Carrillo gewendet, dem bezeichnenderweise ein Dichter der älteren Generation verbunden bleibt: Raffael Alberti. Es ist seltsam, dass der Kommunistenführer, der sich am entschiedensten vom Totalitarismus und der sowjetischen Hegemonie losgesagt hat, bei Intellektuellen nicht das Echo gefunden hat, das er erwarten mochte.

Semprúns französisch geschriebene

Romane hatten bereits zwei grosse Literaturpreise errungen – «Formentor» und «Femina». «Autobiografia» ist sein erster spanisch geschriebener Roman. Die Handlung, die durch Jahre geht, ist eine Reihe von «flash backs» zwischen dem Satz «Pasionara hat das Wort verlangt», mit dem das Buch beginnt, und dem, was sie auf der letzten Seite gegen Semprún und seine Freunde sagt: «Intellektuelle Windbeutel.» Auch Semprún redet sich oder sein Pseudonym mit «Du» an – ein Stilmittel, das Michel Butor als erster angewendet hatte und das bei Semprún mehr als bei Goytisolo überzeugt, weil der durch Erfahrungen veränderte Erzähler den Militanten anredet, der er war und dem eine Terminologie leicht vom Mund ging, die der heutige Semprún unerträglich findet. Die Abrechnung ist mit Selbstkritik verbunden. Semprún gibt zu, dass er «niemals an der alltäglichen bürokratischen Normalität des Militantendaseins interessiert war». Seine Erfahrung begann mit der Deportierung – er war achtzehn – nach Buchenwald; nach acht Jahren Exil begann 1953 die Zeit der konspirativen Missionen in Madrid. Das ist ein anderes Spanien als bei Goytisolo. Als Semprún nach Barcelona kommt, kennt er die Stadt nur aus einer Schilderung im Spanienroman André Malraux'. Seine Herkunft – ein Vorfahre ist der konservative Politiker Antonio Maura, die Semprúns sind Gouverneure, Botschafter, Grandes – scheint Jorge nicht jene Komplexe des Privilegierten gegeben zu haben, von denen Goytisolo schreibt.

Der Bericht über die Verhaftung und Hinrichtung des Kommunisten Grimau hat Aufsehen erregt, denn dieser von der Polizei besonders gesuchte Veteran hat sich unsinnig exponiert, eilte von einer Begegnung zur andern – und hatte doch der politischen Polizei angehört, konnte keine Gnade erwarten. Daher sieht Semprún im Opfer Grimaus von seiten der Partei, die ihn überexponierte, kriminellen Dilettantismus. Nach dem Ausschluss aus der Partei 1965 begehrte Semprún legal nach Spanien reisen zu können, was ihm durch Vermittlung des Stierkämpfers Luis Miguel Dominguin nach einiger Verzögerung gelang. Semprúns Zweifel an Stalin hatten mit den Prozessen in Prag begonnen, in denen Josef Frank, dessen Anstand und Mut Semprún in Buchenwald erlebt hatte, als «Gestapoagent» hingerichtet wurde. Semprúns «Roman» hat bereits einen Film angeregt, «Les routes du Sud». Wie in «*Z*» und «Das Geständnis» verkörpert wiederum Yves Montand den Militanten. Allerdings ist der Film um ein Thema bereichert: der Sohn kann mit dem Pathos und den Illusionen des Veteranen nichts anfangen.

Die Parteikonferenz, mit der das Buch beginnt und endet, findet «in einem Schloss in Böhmen» statt. Wir hören von jener angekündigten Rede der Pasionara nichts als diesen Satz, an dem Semprún hängenbleibt: «Intellektuelle Windbeutel», «Intelectuales con cabeza de chorlito.»

Unter den Bekenntnissen von der Art «Der Gott, der keiner war», ist Jorge Semprúns Autobiographie ein besonderer Platz gewiss. Die französische Linke – nicht nur sie – hatte die Kommunisten für die beherrschende Kraft in Spanien nach Franco gehalten. Es war damals nicht möglich, im französischen Radio und Fernsehen Interviews von anderen Spaniern als von Vertretern dieser Partei zu hören – und es muss für jene, die sich danach orientierten, überraschend gewesen sein, dass

sich die wenig beachteten Sozialisten dann so viel besser behaupteten. Die Verflechtung der spanischen KP mit der NKWD und ihren Repressionen im Bürgerkrieg, auch die Überalterung der aus dem Exil zurückkehrenden Führer mögen manches erklären. Wer die Rechenschaften von Juan Goytisolo, von Jorge Semprún liest, wird weniger überrascht sein. Santiago Carrillo hat – bei weitem nicht von allen Militanten gebilligt – viel totalitären Ballast abgeworfen und damit mehr internationales Prestige gewonnen als Wähler und als Vertrauen bei den spanischen Intellektuellen. Spaniens Entwicklung zur Demokratie verlief ganz anders, als irgendeine marxistische Analyse voraussah. Sie zeichnete sich seit Jahren in der Literatur deutlicher ab als in politischen Schriften – so bei diesen beiden Autoren, deren eigenes Engagement nicht sozial determiniert war, sondern moralisch.

François Bondy

ERINNERUNG AN SHAKESPEARE

Zum Berliner Gastspiel mit «Wie es euch gefällt» in der Züspa-Halle

Die Inszenierung der Komödie «*Wie es euch gefällt*», von *Peter Stein* und der Truppe der *Schaubühne am Halleschen Ufer* erarbeitet, hatte im September vergangenen Jahres in Berlin ihre Premiere. Sie war alles andere als neu, als sie – in die Oerlikoner Züspa-Halle 2 verlegt – die Zürcher Juni-Festwochen 1978 abschloss. Theaterkundige, Enthusiasten, Kritikerprominenz hatten ihr längst ihre Reverenz erwiesen; in Zeitungen, Zeitschriften, in Radio und Fernsehen ist seinerzeit ausführlich darüber berichtet worden. Immerhin muss man sagen, dass der nach Zürich verlegten Aufführung nicht anzumerken ist, wie lange sie schon steht. Sie wirkt frisch, wie eben nur lebendiges Theater frisch sein kann, nämlich als unmittelbare Gegenwart. Ob Sophokles, Shakespeare oder Beckett – die Aktualität des Jetzt und Hier ist immer gegeben, sofern eine Inszenierung Wirklichkeit erzeugt. Das aber steht für dieses Berliner Gastspiel ausser jedem Zweifel, und darum wird einem bei dieser Gelegenheit auch bewusst, wie fragwürdig im Grunde die Premierensüchtigkeit der Kritik ist. Insofern sie journalistische Nachricht ist, Bericht und Reportage über ein Ereignis, mag es noch angehen, dass sie ausschliesslich von Premieren berichtet. Aber wie denn verhält sie sich zu der Tatsache, dass dieses Ereignis (im besonderen Fall einer bedeutenden Theaterarbeit) immer wieder aufs neue stattfindet und auch immer wieder neu ist? Da müsste sie doch eigentlich darauf aus sein, nach der Konstanz, nach der Quintessenz dieser Arbeit und ihrer Wirkung zu fahnden. Nach der Premiere kann man sagen, was stattgefunden hat, nach welchem Konzept und mit welchen Protagonisten. Aber jede Inszenierung hat gewissermassen auch ihre Rezeptionsgeschichte, sie kann als lebendiges Theater versagen oder aber sich bewähren vor wechselndem Publi-

kum. Die Eindrücke und die Bilder, die mir von dem ausserordentlichen Theaterabend in der Züspa-Halle geblieben sind, haben meine Erfahrungen mit Theater bereichert.

*

Es handle sich da, so war zu lesen, um «Regisseur-Theater» in Reinkultur, womit wohl gemeint ist, der Regisseur habe durch seine Anordnungen, durch die Art, wie er die Szenen gliedert, wie er Einzelheiten hervorhebt oder zurückdrängt, sehr eigenwillig in das Werk des Dichters eingegriffen. Einmal abgesehen davon, dass Shakespeare, als Theatermann ein unverfrorener Bearbeiter, zu jeder Veränderung einer Textvorlage bereit war, sofern sie nur eben grössere Wirkung versprach, frage ich mich allen Ernstes, ob Peter Steins Version nicht den Zugang zum Stück, wie es überliefert ist, von allerlei Hindernissen befreit. Merkwürdig genug auch, dass die so naiven wie treffsicheren Anmerkungen von Ulrich Bräker zum Lustspiel «*Wie es euch gefällt*», die ich wieder einmal gelesen habe, geradezu nach dem Besuch dieser Aufführung geschrieben sein könnten, und das bis hin zu seinem Wunsch, er möchte «*diese possierliche Reise* (ins Exil) *mitmachen, Hunger und Durst, Frost und Hitze und alles Ungemach ausstehen*». Peter Stein und sein Bühnengestalter *Karl-Ernst Herrmann* schicken den Zuschauer auf diese lange Wanderung und lassen ihn dabei allerhand erleben. Die Redensart vom Regisseur-Theater scheint mir aber noch aus einem andern Grund der näheren Überprüfung bedürftig: warum eigentlich soll sie als Vorwurf verstanden werden? Die Inszenierung von Peter Stein zeigt herrliche Beispiele dafür, wie ein Regisseur, dem man bezeugt, dass er «totales Theater» mache, die Schauspieler zu sich selber kommen lässt.

Freilich sollte man nicht in den Fehler verfallen, die Qualitäten dieses Abends zum Massstab zu machen für das, was ein Repertoire-Theater leistet. Es ist eine Alternative, ein anderer Zugang zu Shakespeare. Es können Impulse davon ausgehen, gewiss; aber ich möchte als Zuschauer nicht jahraus, jahrein die Strapazen auf mich nehmen, die uns da zugemutet worden sind: länger als drei viertel Stunden dicht gedrängt in ungelüftetem Saale stehen, dann mich durch eine schmale Pforte drängeln oder von den andern Zuschauern geschoben werden, den langen Marsch durchs Labyrinth antreten und schliesslich auf hartem Klappsitz sehr lange warten, bis das zauberhafte Spiel weitergeht.

*

Was für Schauspieler haben sich da doch zusammengefunden, und – vor allem – was für Sprecher! Schon zu Beginn, wenn sich die einzelnen Exponenten des Kampfs zwischen Falschheit und Redlichkeit, Machtinteressen und Liebe auf schmalem Gesimse über den Köpfen der stehenden Zuschauer an allen vier Seiten des quadratischen Saales selber darstellen, ist die solistische Virtuosität offensichtlich. Die Schauspieler dürfen sich wichtig nehmen, sie dürfen in der Pose dessen daherkommen, der weiss, dass es auf ihn und nur auf ihn ankommt. Schaut her, scheint jeder und jede zu sagen, wie schön ich es mache: Auch die Missgunst, die listige Berechnung, der feige Höfling und der Opportunist dürfen sich da als das zeigen, was sie sind, und es liegt in der Perfektion, mit der sie es tun, die

Verfremdung der zur Vollkommenheit getriebenen Darstellung. Jeder Satz, jeder Ton, jede Geste ist wahr und zugleich sichtbar ein Kunststück. Theater hat da etwas von Artistik und Zirkus. Nicht nur der Narr erinnert an den Clown, der es besonders schön machen möchte und eben darum der Tücke des Objekts erliegt.

Aus der Summe der perfekten Einzeldarstellungen setzt sich die Wirkung des Ensembles zusammen. Wenn sonst die grossen Protagonisten eine Aufführung dominieren (und die Kollegen an die Wand spielen), so ist hier der Versuch erfolgreich unternommen, jeden einzelnen Schauspieler, und sei seine Aufgabe auch noch so klein, zum Protagonisten zu machen. Es gibt natürlich Unterschiede der Begabung und des Könnens auch in dieser Truppe; aber was aus der staunenswerten Befreiung jedes einzelnen Talents zu sich selber entsteht, ist eine hohe Ausgeglichenheit der Leistungen.

*

Mein Eindruck ist, dass die Dramaturgie des Abends nicht völlig stimmt. Dichte und Konzentration des ersten Teils, den die Zuschauer stehend verfolgen, werden in der Folge nicht mehr erreicht. Die Intrigen und der spektakulär inszenierte Ringkampf zwischen Orlando und dem starken Mann, aber auch die Entstehung der Liebe Rosalindes auf den ersten Blick: das alles verzahnt sich zu einem dramatischen Gefüge, zu einem Konzert der Charaktere und der äusseren und inneren Vorgänge. Nicht nur die Blicke der Zuschauer richten sich auf die eine oder die andere Seite der Spielrampe; sie fühlen sich selbst beobachtet, sie spüren, indem sie etwa den Frauen zuhören, in ihrem Rücken den stechenden Blick des misstrauischen Herzogs. Dann aber begeben sie sich auf den Marsch ins Exil, atmen Waldluft ein, treten auf dürre Äste und gelangen vorbei an merkwürdigen Ausstellungsstücken, einmal sogar einer weissen Leiche. Und wenn sie dann, nach längerer Zeit, irgendwo im Ardennerwald, in der weiten Arena, ihren Sitzplatz eingenommen haben, müssen sie während langer Zeit darauf warten, bis alle anderen auch herbeigeströmt sind. Da reisst die Spannung, reisst die Konzentration wieder ab. Aber es liegt nicht nur an der Erfahrung der Zuschauer. Es gelingt der Inszenierung nicht, wenn das Spiel wieder aufgenommen ist, die Dichte des ersten Teils zu erreichen. Mehr als bisher zerfällt sie in Einzelaktionen, in Szenen, ja in Nummern – allerdings nicht wenige davon wiederum Glanznummern. Nur ist es auch so, dass die Handlungsführung ja, nach Shakespeares Vorstellung, das Getrennte durch die Verbannung hindurch zusammenführen müsste. Rein äusserlich wird dem selbstverständlich Genüge getan: die Liebespaare finden sich am Schluss, ob freiwillig oder unfreiwillig. Nur läuft eigentlich die Darstellung dieser Bewegung zuwider. Wo Shakespeare die Fäden zusammenführt, dröselt Peter Stein sie auf. Im ganzen hat das zur Folge, dass dieser zweite Teil im Ardennerwald, so reizvoll die Bilder sind, so herrlich auch hier die Sprecher (und besonders auch die Sänger!), die zusammengefasste Wirkung des ersten nicht erreicht.

*

Was am stärksten nachwirkt, sind einerseits Bilder, anderseits die Bildhaftigkeit

des gesprochenen Wortes. Von dieser muss wohl zuerst gesprochen werden: es ist eine unerschöpfliche Quelle des wahren Theatervergnügens, wie exakt und tonsicher an diesem Abend gesprochen wird. Wie geistreich, blitzend von Ironie und Satire Shakespeare gerade in diesem Lustspiel ist, wird durch das hohe Mittlertum dieser sprechenden und singenden Schauspieler so deutlich, als hätten wir es vorher nie erkannt. Buchstäblich alle Register werden da gezogen, es geht aristokratisch und vornehm zu, aber auch derb und bäurisch; es gibt die schmachtende Lyrik, das Verströmen des Gefühls, aber auch das Feuerwerk des scharfzüngigen Witzes. Besonders das Thema Liebe und Erotik, eigentlich das Hauptthema (vielleicht nicht so sehr bei Peter Stein) in Shakespeares «*Wie es euch gefällt*», wird in einer überbordenden Fülle von Variationen abgewandelt. Was zu guter Letzt zwischen Orlando und der als Mann verkleideten Rosalinde vor sich geht, ist zugleich brünstige Werbung und wahnwitzige Sophisterei. Er, der Verliebte und Schmachtende, ist bereit, «*in meiner eigenen Person*» zu sterben; sie, in der Rolle eines Schäfers, gibt ihm den Rat, es durch einen Anwalt zu verrichten. Seit die Welt bestehe, sei noch kein Mensch «*in eigener Person*» gestorben, was die Liebe betreffe. Und dann zählt sie die Liebestragödien von Troilus bis zu Leander zum Beweis auf und verkündet schnöde, von Zeit zu Zeit seien zwar Menschen gestorben und die Würmer hätten sie verzehrt, «*aber nicht aus Liebe*». Es ist Sinn und Unsinn durcheinander, was sie daherredet, die verliebte Rosalinde, die den Schäferjungen spielt und sich dagegen wehrt, dem geliebten Orlando an den Hals zu fallen. Unerschöpflich ist der Facettenreichtum dieses Textes, wo immer wir ihn aufschlagen. Das Gastspiel aus Berlin überzeugt nicht zuletzt durch einen Grad an Genauigkeit und Ausdruck im Sprachlichen, der so bald nicht anzutreffen ist im Theater.

Bilder: da denke ich zurück an den Ringkampf, an das einstudierte Imponiergehabe, die spannenden Phasen, in denen der Bulle von einem Ringer und der mutige Jüngling einander umkreisen, Griff fassen und schliesslich auf Leben und Tod miteinander kämpfen. Oder ich denke an den schilfumstandenen Teich, in welchem das Mädchen seine Füsse badet, ans Lagerfeuer der Verbannten, an die Hirschjagd. Es ist alles mit einer Liebe zur Perfektion, zum letztmöglichen Schauvergnügen angelegt und erreicht Wirkungen, die lange in Erinnerung bleiben.

*

Kulinarik also, Theater als Schauvergnügen und Genuss? Das ist es selbstverständlich, und zwar in einem Ausmass, dass es den Zuschauer einfach packt. Ich habe den Vergleich mit dem Zirkus gewagt, um die Art der schauspielerischen Darstellung zu beschreiben. Der Vergleich gilt durchaus auch für den Gesamteindruck – womit ich natürlich nicht sagen will, Peter Stein habe auf Kosten Shakespeares Zirkus gemacht. Ich meine nur, die Inszenierung erreiche vermöge der angedeuteten Eigenschaften einen höchsten Grad an Faszination, sie habe im guten Sinne den Charakter des Riesenspektakels, dem sich kein Zuschauer entziehen kann, sofern er wenigstens seiner Funktion nachkommt: nämlich zuzuschauen. Aber anderseits ist es natürlich nicht so, dass hier l'art pour l'art betrieben wird.

Die Inszenierung geht der Vorlage Shakespeares entlang zielsicher darauf los, zwei Möglichkeiten menschlichen Zusammenlebens aufzuzeigen: die bei Hofe, wo es um Macht und Reichtum und sonst nichts geht, und die im Elend, wo die Verbannten freundlich miteinander umgehen. Im ersten Teil, im geheizten Palast, wo die Reichen unter sich sind, friert das Gemüt, und die Liebenden werden verbannt. Im zweiten Teil, wenn der kalte Wind bläst und die Verbannten zusammenrücken, herrscht die Wärme der Herzlichkeit, ist der Mensch dem Mitmenschen ein Bruder. Ulrich Bräker hat, nach seiner Shakespeare-Lektüre, für diesen zweiten Teil die schöne Wendung von der «*reizend beschriebenen Einöde*» gefunden. Im Ardennerwald herrscht ein freies Leben als Gegensatz zum falschen Hofleben, man geht auf die Jagd und trotzt gemeinsam den Unbilden der Witterung. Und vor allem: da finden die Liebespaare ihr Glück. «*Oh, Sir William*», ruft der arme Mann vom Toggenburg aus, «*du hast gewiss dies holde Schäferleben nach der Länge studiert, bist wohl oft wonnetrunken von den Schafhürden nach der tumoltischen Stadt zurückgekehrt...*» Kurzum, es geht da auch um das «einfache Leben», das der Zivilisation und der höfischen Kultur entgegengestellt ist. Peter Stein meint es wahrscheinlich nicht ganz so. Wie immer er es meint, er hat Shakespeare keine Gewalt angetan. *As you like it:* das ist ja wohl so zu verstehen, dass es bei euch liegt. Ihr verfügt über euch, ihr könnt es haben, wie es euch gefällt. Es ist der Mensch selbst, der sich die Bedingungen seines Lebens schaffen soll.

Dies allerdings, so möchte ich beifügen, bezieht sich bei Shakespeare mehr noch als auf die öffentliche, gesellschaftliche Situation auf die private, die erotische. Es ist, meines Wissens, das einzige Stück, in welchem selbst der Narr auf Freiersfüssen geht, und das allein schon ist ein Indiz für den Stellenwert des erotischen Themas.

*

Das Erlebnis dieses Theaterabends ist ausserordentlich. Man ertappt sich Tage danach noch dabei, einer Einzelheit, einem Wort oder einer Deutung im Wort nachzugehen. Auf Theater einzugehen, heisst ja zunächst nicht mehr, als aufmerksam und neugierig zu beobachten und zu hören. Es ist wie eine Reise durch ein Märchenland, mit Bezug zur Wirklichkeit durchaus, aber zu einer Wirklichkeit, die tief in uns selber noch besteht.

Anton Krättli